[Persönl. Anrede,]

die Lebenssituation von geflüchteten Menschen in Deutschland ist gegenwärtig aus den medialen Schlagzeilen verschwunden. Gleichzeitig kommen jeden Monat Menschen aus Afghanistan, Syrien oder dem Irak nach Deutschland und stellen einen Asylantrag. Unter den Asylantragsteller\*innen sind über 50% Kinder und Jugendliche.

Vor drei Jahren wurde Anker-Zentren und funktionsgleichen Einrichtungen als Konzept für die Ausgestaltung von Aufnahmeeinrichtungen nach § 47 AsylG eingeführt. Das Ziel der Einrichtungen ist u.a. die Verkürzung von Asylverfahren und die Erleichterung der Abschiebung von abgelehnten Asylantragsteller\*innen. Diese an den Maßstäben der Verwaltung orientierte Zielsetzung ignoriert die Situation der betroffenen Menschen und beschneidet ihre Rechte. Zugleich fand die Einführung unter dem Eindruck deutlich höherer Zugangszahlen von Asylantragsteller\*innen statt, diese Vorzeichen sind gegenwärtig nicht mehr gegeben. Auf unserer Homepage keinortfuerkinder.de haben wir die Hintergründe ausführlich dargelegt.

Der neu gewählte Deutsche Bundestag und die nächste Bundesregierung haben die Möglichkeit und die Verantwortung diese Fehlentwicklung zu korrigieren. In den anstehenden Koalitionsverhandlungen möchten wir Sie daher bitten, die Situation der geflüchteten Kinder und Erwachsenen in den Anker-Zentren aufzugreifen und die Aufnahme neu zu gestalten.

Unsere Kernforderung ist die Verkürzung der Aufenthaltszeit in den Aufnahmeeinrichtungen auf vier Wochen (§ 47 AsylG). Dies bedeutet die Abschaffung von Anker-Zentren und funktionsgleichen Einrichtungen.

Zugleich sollte die künftige Bundesregierung für eine unabhängige Rechts- und Verfahrensberatung sorgen. Dies ist für die Wahrung des Grundrechts auf Asyl unerlässlich und stärkt zugleich die Qualität der Entscheidungen im Asylverfahren.

Grundsätzlich sollte zudem insbesondere für Familien der Unterbringung in Wohnungen im Anschluss an die Erstaufnahme Vorrang eingeräumt werden. Nur so können kinderrechtliche Vorgaben berücksichtigt und die Gleichbehandlung von allen hier lebenden Kindern verwirklicht werden.

Diese Forderungen sind auch die Grundlage der Kampagne #KeinOrtfürKinder. Gemeinsam mit XX Organisationen haben wir diese anlässlich der Bundestagswahl ins Leben gerufen. Passend zu den Plakatmotiven der demokratischen Parteien wurden Plakate mit einer Forderung nach Abschaffung der Anker-Zentren entworfen, diese finden Sie auf der beiliegenden Postkarte. Die unterstützenden Organisationen finden Sie hier: <https://keinortfuerkinder.de/aufruf/>

Sehr gerne stehen wir für Austausch zu diesem – und auch anderen flüchtlingspolitischen – Themen zur Verfügung. Wir hoffen, dass auch Ihre Partei sich die Aussage auf der Postkarte zu Eigen machen kann.

Mit freundlichen Grüßen